

→ z. RB 27/11

Oberbürgermeister - Eingang		
26. NOV. 2012 B 26/11		
Ref.	ZwBescheid	bis / am
	U-Entwurf	
Kopie an	Ausl.-Vorlage	
	Rücksprache	
	Ref. Bespr.	

An den
Oberbürgermeister
der Stadt Erlangen
Herrn Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Erlangen, 26. November 2012

Unterbringung von Flüchtlingen in Erlangen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Balleis,

in der Anlage erhalten Sie das Anschreiben mit der Unterschriftensammlung der Interessengemeinschaft für eine sozial gerechte Unterbringung von Asylbewerbern in Erlangen.

Diese Sammlung wurde vor wenigen Tagen gestartet und zwischenzeitlich

von 216 Bürgerinnen und Bürger

aus dem Angerviertel (Sachsenstraße, Hessenstraße, Michael-Vogel-Straße, Schwabenstraße, Bayernstraße, Äußere Brucker Straße, Leipziger Straße, Pommernstraße, Holsteiner Weg, Thüringerstraße, Dresdner Straße) unterschrieben.

Die Unterschriftsliste stellt einen Zwischenstand vom 25. November 2012 dar.

Wir möchten Sie bitten, unsere Forderungen innerhalb der Stadtverwaltung umgehend klären zu lassen und uns das Ergebnis bei der für Mittwoch, 28. November 2012, angesetzten städtischen Informationsveranstaltung „Unterbringung von Flüchtlingen in Erlangen“ zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Interessengemeinschaft für eine
sozial gerechte Unterbringung von Asylbewerbern in Erlangen

cc. Frau Bürgermeisterin Dr. Elisabeth Preuß

Unterschriftensammlung der Interessengemeinschaft für eine sozial gerechte Unterbringung von Asylbewerbern in Erlangen

Die Unterzeichner befürworten uneingeschränkt das Recht auf Asyl. Sie respektieren und unterstützen selbstverständlich die Stadt Erlangen bei ihrer schwierigen Verpflichtung, für Asylbewerber geeignete Standorte zur Unterbringung zu finden.

Die Integration der Asylbewerber ist aber eine Aufgabe aller Erlanger! Daher sind wir gegen eine Aufstellung weiterer Container für die Unterbringung von Asylbewerbern im Angerviertel.

Das Angerviertel ist nach eigenen Statistiken der Stadt Erlangen das sozial belastetste Viertel. Die Stadt Erlangen bringt bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten im Angerviertel Asylbewerber in Containern unter. Die Probleme des Erlöser-Kindergartens, des Kindergartens in der Michael-Vogel-Straße und der Pestalozzischule bei der Integration ausländischer Kinder sind seit vielen Jahren bekannt. Dies gilt auch für weitere soziale Einrichtungen des Viertels. Viele Mitbürger setzen sich privat und in Institutionen für ein friedliches und freundliches Miteinander der vielen unterschiedlichen Nationalitäten im Viertel ein. Die Kapazität, die besonderen Bedürfnisse dieser Menschen aufzufangen, ist allerdings begrenzt. Die Lehrkräfte der Pestalozzischule mahnen diese Schwierigkeiten seit Jahren an und sind der Auffassung, dass bei Aufnahme weiterer Kinder mit sehr geringen Deutschkenntnissen in Zukunft eine vernünftige Unterrichtung der Schüler nicht mehr ermöglicht werden könnte. Ebenso ringen schon zahlreiche Anwohner mit dem Schulamt, ihre Kinder in anderen Schulen beschulen zu lassen.

Die Unterbringung weiterer Asylbewerber im Angerviertel verdeutlicht auch, dass die Stadt Erlangen es bisher versäumt hat, ein Konzept für ihre Asylpolitik aufzustellen. Die Schwierigkeiten, in bestimmten Zeiten eine Vielzahl von Asylbewerbern unterbringen zu müssen, sind seit mindestens 20 Jahren bekannt und werden wohl auch in Zukunft andauern.

Anstatt in den letzten Jahren eine Unzahl von Baugrundstücken in mehreren Baugebieten zu veräußern, hätte sich die Stadt Erlangen auf diese Situation einstellen und ein geeignetes Areal einrichten müssen, um eine vorübergehende und dennoch würdige Unterbringung von Asylbewerbern mit ordentlich befestigten Wegen und Sanitäreinrichtungen zu ermöglichen. Stattdessen sollen wiederum kurzfristig – und mit unbestimmbarer Dauer – Container in dem sowieso schon meistbelastetsten Stadtviertel aufgestellt werden.

Nachdem eine solche nachhaltige Politik versäumt wurde, kann nur die gleichmäßige Verteilung der Asylbewerber auf das gesamte Stadtgebiet die Integrationsbemühungen der Stadt Erlangen ermöglichen, anstatt diese Integrationsaufgabe immer wieder nur den bestehenden sozialen Brennpunkten aufzubürden. Soziale Politik bedeutet vor allem auch eine gerechte Lastenverteilung innerhalb der (Stadt)Gesellschaft.

Diese Darstellung beruht auf Fakten! Es hat also nichts mit Sankt-Florians-Prinzip oder Ausländerfeindlichkeit zu tun. Wir appellieren an die Stadt Erlangen, ihren Möglichkeiten entsprechend dafür Sorge zu tragen, dass wir nicht auf populistische Weise in eine ausländerfeindliche Ecke gestellt werden, oder das Thema im Wahljahr 2013 medial instrumentalisiert und inszeniert wird.

Wir nehmen Frau Dr. Preuß beim Wort, dass die Stadt Erlangen die Öffentlichkeit im Sinne des Baugesetzbuches beteiligt.

Wir fordern Fr. Dr. Preuß auf, uns die von der Stadt Erlangen geprüften Alternativstandorte zu benennen und uns deren Eignung oder Nichteignung darzulegen. Wir selbst können einen derartigen Nachweis nicht erbringen, da wir weder die Anforderungen an derartige Grundstücke kennen noch wissen, welche Grundstücke Eigentum der Stadt Erlangen sind, oder auf welche auf sonstige Weise, z.B. Anmietung, zugegriffen werden kann.

Erlangen, 24. November 2012

(Datum ergänzt)